



Mindestlohn muss kontrollierbar sein

MdL Dieter Hausold: Jeder vierte Beschäftigte in Thüringen profitiert vom Mindestlohn

Bezugnehmend auf die aktuelle Debatte zum Mindestlohn, bei der unter anderem auch die CDU versucht, diesen als ein „Bürokratiemonster“ zu delegitimieren, erklärte Dieter Hausold, wirtschaftspolitischer Sprecher der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag: „Nach Schätzungen des Thüringer Ministeriums für Wirtschaft, Wissenschaft und digitale Gesellschaft profitiert in Thüringen jeder vierte Beschäftigte vom Mindestlohn. Dies zeigt die große regionale Bedeutung für Kaufkraft und regionale Wertschöpfung. Ich warne eindringlich vor Panikmache.“

Richtig sei, dass für einen Teil der kleinen und mittelständischen Unternehmen sowie einige der Vereine und Verbände die Dokumentationspflichten eine zusätzliche Belastung darstellen. „Zu gegebener Zeit wird es eine Überprüfung geben müssen, ob Teile der Regelungen sich in der Praxis bewährt haben. Generell gilt jedoch: Ein Mindestlohn, der nicht kontrolliert werden kann, schadet wirtschaftspolitisch mehr als er nützt“, so der LINKE Wirtschaftspolitiker weiter.

Eine mangelhafte Kontrollmöglichkeit würde bedeuten, dass die Unternehmer, die nach Recht und Gesetz handeln, bestraft würden, weil die schwarzen Schafe der Branche sich unlauterer Wettbewerbsvorteile bedienen könnten. „Erste Auswertungen, etwa der DGB-Mindestlohnhotline, zei-

gen deutlich, dass es leider auch Unternehmen gibt, die versuchen, die gesetzlichen Bedingungen zu umgehen. Hier muss die Politik einen klaren Riegel vorschieben“, forderte Dieter Hausold.

Auch der Zeitpunkt der Debatte legt für den Landtagsabgeordneten der Linksfraktion nahe, dass andere Hintergründe die wirkliche Ursache vieler Debatten sind: „Ich finde es schon auffällig, dass keinen Monat nach der Einführung des Mindestlohns insbesondere die Akteure, die den Mindestlohn nie wollten, ein besonders lautes Geschrei anstimmen. Mit dabei die CDU, die teilweise zu vergessen scheint, wer in Berlin derzeit eigentlich Gesetze macht.“

CDU-Antrag unterminiert letztlich den Mindestlohn

Dieter Hausold verwies darauf, dass er in vielen Gesprächen in seinem Wahlkreis in Gera auch ganz andere Stimmen höre, auch von Unternehmerinnen und Unternehmern. „Ich würde es begrüßen, die Entwicklungen abzuwarten bis valide Daten vorliegen. Dann kann eine sachgerechte Debatte erfolgen“, sagte der wirtschaftspolitische Sprecher.

Mit Blick auf den jetzt für die Plenarsitzung des Landtags eingereichten Antrag der CDU-Fraktion mit dem Titel „Mindestlohnregelung unbürokratisch gestalten“, hatte die Vorsitzende der Linksfraktion, Susanne Hennig-Wellsow, gegenüber den Journalisten der Landespressekonferenz erklärt: „Wer wie die CDU, Dokumentationspflichten abschaffen will, unterminiert die Arbeit der Zollbehörden und damit die Durchsetzung des Mindestlohns.“ Im Übrigen seien auch Tarifbindung und die Reduzierung von Mindestlohn-Ausnahmen Maßnahmen, die die Unternehmen von Bürokratie entlasten. Hierfür werde sich die LINKE gemäß des Credo der Guten Arbeit einsetzen.

Was ist ein „erheblicher bürokratischer Aufwand“?

Die CDU will mit ihrem Antrag u.a. erreichen, dass sich der Landtag an das zuständige Bundesministerium für Arbeit wendet, „Regelungen zu schaffen, die für die Betroffenen nicht mit zusätzlichem Mehraufwand und bürokratischen Hürden versehen sind“. Weiter heißt es, „die bestehenden Regelungen zum Mindestlohn führen in ihrer Anwendung zu einem erheblichen bürokratischen Aufwand“, wobei sich Susanne Hennig-Wellsow fragte, was über die bereits bestehenden Nachweispflichten hinausgehen sollte.

Aber die CDU ist der Überzeugung: „Gerade für die klein- und mittelständisch geprägte Thüringer Wirtschaft und für viele Thüringer Vereine und Verbände sind die Ausführungsbestimmungen zum Mindestlohngesetz und die darin vorgesehenen Dokumentationspflichten der Unternehmen eine zusätzliche Belastung.“

KOMMENTIERT:

von Katharina König

AfD-Provokationen

Die AfD hat die Grenzen des Erträglichen überschritten, als sie zum Holocaust-Gedenktag in der Gedenkstätte Buchenwald einen Kranz niederlegen wollte, mit dem der Holocaust relativiert und die Opfer der Shoah und des Stalinismus gleichgesetzt werden sollten. Auch die Änderung des Kranzspruches ließ nicht erkennen, dass der AfD ein Gedenken der NS-Opfer auch nur im Ansatz wichtig wäre. Ihre Teilnahme an der Gedenkveranstaltung ist schon deshalb eine unerträgliche Provokation.

Nun hat sich der AfD-Fraktionsvorsitzende im Landtag, Björn Höcke, mit einem Interview in der Zeitschrift „Zuerst!“ über Asylsuchende (v. 23.1.) erneut im extrem rechten Spektrum positioniert. Die „Zuerst!“ entstand 2009 als Nachfolger der Neonazi-Zeitschrift „Nation Europa“, einer der wichtigsten Zeitungen der extrem rechten Szene in der Bundesrepublik, für die auch Tino Brandt, Chef des „Thüringer Heimatschutzes“ arbeitete. Herausgeber, Chefredakteure und viele Autoren der „Zuerst“ gehören der extrem rechten Szene an.

Jetzt fordert Höcke im Interview, Europa müsse „seine Außengrenzen wirksam schützen“, auch durch „gut organisierte“ Lager für Flüchtlinge in Nordafrika. Dadurch könne man Europa vor einer „ungebremsten Masseneinwanderung schützen“. Das Interview führte „Zuerst“-Chefredakteur Manuel Ochsenreiter, bekannter Vertreter der Neuen Rechten, der auch für mehrere extrem rechte Gruppierungen als Referent auftrat.

Höcke mag seine unerträglichen Provokationen gegenüber den Opfern und Überlebenden des Holocausts noch hinter vorgeschobener Unwissenheit verstecken wollen. Sein Auftreten und Werben im extrem rechten Spektrum - Interviews in Blättern der extrem rechten bzw. neurechten Szene - sprechen eine deutlich Sprache. Wenn Höcke der Meinung ist, seine menschenverachtenden Ergüsse zur Flüchtlingspolitik in extrem rechten Blättchen und im Umfeld von Antisemiten zum Besten zu geben, gleichzeitig aber mit der AfD-Landtagsfraktion in der Gedenkstätte Buchenwald an den Gedenkfeierlichkeiten teilnehmen will, dann offenbart sich hier die pure Heuchelei. Die AfD will das Gedenken zum Holocaust-Gedenktag nicht unterstützen, sondern mit ihren kalkulierten Aktionen erheblich stören.

AKTUELL **CDU-Landtagsfraktion gießt Öl ins Feuer**

Zum Antrag der CDU-Fraktion „Freiheitlich demokratische Grundordnung schützen – islamistischen Terror ächten und bekämpfen“ und zu darin enthaltenen Forderungen nach einem Aussteigerprogramm für Islamisten in Thüringen und nach Verschärfung des Sicherheitsrechts, erklärt der innenpolitische Sprecher der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag, Steffen Dittes:

„Der Antrag der CDU trägt nicht dazu bei, die Debatte um Islam und politischen Islamismus in Thüringen zu versachlichen.“ Sowohl qualitativ als auch quantitativ entbehre der Antrag der CDU-Fraktion jedweder Grundlage. Gerade in der aktuellen Debatte um den Zusammenschluss von Neonazis mit rassistisch angetriebenen Menschen in der soge-

nannten „PEGIDA“-Bewegung sei er „höchst gefährlich und gießt angesichts der faktisch im Freistaat nicht vorhandenen Islamisten-Szene Öl ins Feuer“. Es stelle sich die Frage, wen diese Ausstiegsberatung erreichen soll. „Wenn es keine Islamisten gibt, kann die Zielgruppe ja eigentlich nur in den Reihen derer liegen, die Montag für Montag vor dem angeblichen Untergang des Abendlandes warnen!“

Steffen Dittes warnt die CDU davor, sowohl zur Radikalisierung von jungen Muslimen als auch zur weiteren Stärkung islamophober Einstellungen beizutragen und gleichzeitig die abstrakte Angst nach dem terroristischen Anschlag in Paris für eine Verschärfung des Sicherheitsrechts und damit für tiefgreifende Eingriffe in Freiheitsrechte zu instrumentalisieren. Damit wür-

den Bewegungen, wie „PEGIDA“ und die rechtspopulistische AfD, in ihrer teils offen rassistischen Argumentation nur inhaltlich bestätigt und langfristig salonfähig gemacht. Nicht der Islamismus fordere die Demokratie heraus, sondern die offen geäußerten Überfremdungsängste vieler Thüringer und die von ihnen herbeiphantasierte „bevorstehende Islamisierung des Abendlandes“.

Natürlich lehne DIE LINKE jeglichen Terrorismus ab und stehe für eine freie demokratische Gesellschaft, für Gleichberechtigung, Säkularisierung und Religionsfreiheit. Religionsfreiheit endet dementsprechend, wo Grundrechte anderer aufgrund religiöser Dogmen eingeschränkt werden sollen, erst Recht, wenn hierzu Gewalt eingesetzt werden soll.

KURZ UND PRÄGNANT

Gegen Rassismus und Intoleranz

„Die allorts zunehmenden Aktivitäten von Neonazis und die von PEGIDA getragene menschenfeindliche Hetze und rassistischen Ressentiments sind mehr als nur ein Warnsignal für die Gefahren, die von rechtsgerichteten Gesinnungen ausgehen. In diesem Zusammenhang ist auch das Treiben der AfD unerträglich“, sagte Susanne Hennig-Wellsow, Fraktionschefin der LINKEN im Landtag und Vorsitzende der Partei DIE LINKE in Thüringen, mit Blick auf den Gedenktag an die Opfer des Nationalsozialismus. „Auch 70 Jahre nach der Befreiung des Vernichtungslagers Auschwitz durch die Rote Armee geben immer noch weitverbreitete Ressentiments gegen Juden, aber auch gegen religiöse Gruppen oder Flüchtlinge, Anlass, daran zu erinnern, wohin Intoleranz und rassistische Denkmuster in letzter Konsequenz führen können. Erinnerung und Mahnung an alle durch den deutschen Nationalsozialismus getöteten und in den Lagern fabrikmäßig ermordeten Menschen ist wichtig. Jedoch wächst aus der deutschen Verantwortung für diese Gräueltaten vor allem die Verpflichtung, jeder rassistischen und antisemitischen Ausgrenzung, jedem menschenverachtenden oder abwertenden Denk- und Argumentationsmuster entschlossen zu begegnen.“

Bessere Prognose für Langzeitarbeitslose

Erfreut über die neuesten Prognosen der Landesarbeitsagentur für das Jahr 2015, wonach die Zahl der Arbeitslosen in Thüringen auf unter 90.000 sinken werde, zeigte sich Ina Leukefeld, arbeitspolitische Sprecherin der Linksfraktion, die aber zugleich auf die Problematik der verfestigten Langzeitarbeitslosigkeit verwies. „Es wäre wichtig und dringend notwendig, dass auch die Langzeitarbeitslosen und Menschen mit Behinderung von dieser positiven Prognose profitieren“, sagte die Abgeordnete und betonte den eingeschlagenen Weg mit dem Ziel, dass es im Land Thüringen mehr öffentlich geförderte Beschäftigung im gemeinwohlorientierten Bereich geben soll. „Mit einem Modellprojekt, das sich seitens der Landesregierung momentan in der Erarbeitung befindet, wird sinnvolle und notwendige Arbeit finanziert, statt Arbeitslosigkeit und Verwaltung von Arbeitslosen. So wäre es möglich, auch den kommunalen Bereich mit Beschäftigten zu stärken.“ Zudem könnten vom Mindestlohn in Thüringen etwa 300.000 Menschen unmittelbar profitieren.

70 Jahre nach der Befreiung von Auschwitz

AfD-Provokation/Abgeordnete zollen Stiftungsdirektor Volkhard Knigge Respekt

Nachdem öffentlich geworden war, dass die Alternative für Deutschland (AfD) am 27. Januar, dem Gedenktag für die NS-Opfer, in der KZ-Gedenkstätte Buchenwald einen Kranz niederlegen wollte mit einer Inschrift, die sich an alle „Opfer des Konzentrations- und Speziallagers Buchenwald“ richtete, hatte Stiftungsdirektor Volkhard Knigge der Partei eine entschiedene Absage erteilt.

Damit wären nicht nur Häftlinge der Nazis, sondern auch nach dem Krieg internierte NS-Verbrecher eingeschlossen. „Wir werden nicht zulassen, dass an diesem Tag in dieser relativistischen Manier den Überlebenden des Konzentrations- und Vernichtungslagers ins Gesicht geschlagen wird“, wurde Volkhard Knigge am 21. Januar bei der Nachrichtenagentur dpa zitiert. „Es geht nicht darum, zwischen Opfern erster und zweiter Klasse zu unterscheiden - sondern es geht darum, ernst zu nehmen, dass die sowjetischen Speziallager Kriegsfolge waren. Es geht darum, ernst zu nehmen, dass es hier auch NS-belastete Internierte gegeben hat neben den vielen nicht belasteten“, so Volkhard Knigge im MDR-Thüringenjournal.

Die Abgeordneten Katharina König (DIE LINKE), Diana Lehmann (SPD) und Madeleine Henfling (BÜNDNIS 90/DIE

GRÜNEN) bedankten sich für die konsequente und eindeutige Haltung des Stiftungsdirektors der Buchenwald-Gedenkstätte, da die von der AfD ursprünglich geplante Kranzinschrift, den Holocaust relativiere und die Opfer der Shoah und des Stalinismus gleichsetze. Der Versuch der AfD, die in ihrer Schrecklichkeit singulären Verbrechen zu relativieren, stellt eine Verhöhnung der Millionen Opfer des Nationalsozialismus dar.

Auch die erfolgte Änderung lässt nicht im Ansatz erkennen, dass der AfD ein Gedenken der NS-Opfer wichtig wäre

„Am 27. Januar 1945 wurde Auschwitz befreit, seit 1996 ist der 27. Januar bundesweiter Gedenktag für die Opfer des Nationalsozialismus, seit 2005 internationaler Tag des Gedenkens an die Opfer des Holocaust. 70 Jahre nach der Befreiung von Auschwitz-Birkenau ist angesichts der Millionen Opfer das Auftreten der AfD als purer Zynismus zu bewerten“, betonten die Abgeordneten.

Höcke reagierte verärgert auf die Öffentlichkeitsarbeit der KZ-Gedenkstätte. Es sei unerträglich, wie eine „von Steuergeld finanzierte Institution die Kommunikation mit seiner Fraktion“ verweigere. Der Reflex und die Hysterie hätten bei Knigge über den gesun-

den Menschenverstand gesiegt, warf der AfD-Politiker - und, dies sei ausdrücklich hinzugefügt, Gymnasiallehrer für Geschichte - dem Gedenkstättenleiter vor.

Schließlich hieß es am 23. Januar, dass die AfD nun doch einen Kranz in der KZ-Gedenkstätte Buchenwald niederlegen könne. Auf der Schleife für den Gedenktag für die Opfer des Nationalsozialismus am 27. Januar solle einfach «In stillem Gedenken» stehen, sagte eine Sprecherin der AfD-Fraktion. Stiftungsdirektor Volkhard Knigge sagte der dpa: „Der Text ist eine absolute Leerformel“, er erfülle ihn mit „leisem Entsetzen“. Er beziehe keine eindeutige Stellung zur NS-Zeit und den Konzentrationslagern. Knigge warf der AfD „eine Flucht vor der Verantwortung“ vor. Er müsse aber diesen dritten Text akzeptieren. Auch die aufgrund der deutlichen Ablehnung durch die Gedenkstätte Buchenwald erfolgte Änderung des Kranzspruches lässt nicht erkennen, dass der AfD ein Gedenken der Opfer des Nationalsozialismus auch nur im Ansatz wichtig wäre.

„Die Teilnahme der AfD an der Gedenkveranstaltung in der Gedenkstätte ist allein schon deshalb eine unerträgliche Provokation“, so Katharina König, Sprecherin für Antifaschismus der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag.

Absurde Verfolgung von Engagement gegen Neonazismus

Susanne Hennig-Wellsow, Fraktionschefin der LINKEN im Landtag und Vorsitzende der Partei DIE LINKE in Thüringen, begrüßte die am 23. Januar in der Sitzung des Justizausschusses erfolgte Aufhebung der Immunität von Bodo Ramelow, um die der Ministerpräsident und Landtagsabgeordnete selbst gebeten hatte.

„Es ist wichtig, den Prozess am Dresdner Amtsgericht neu aufzurollen, um ein Zeichen zu setzen, wie absurd die strafrechtliche Verfolgung von Engagement gegen Neonazismus ist.“

Bodo Ramelow, der damalige Fraktionschef der LINKEN im Thüringer Landtag, hatte gemeinsam mit tausenden engagierten Bürgerinnen und Bürgern im Februar 2010 in Dresden Gesicht gegen braunen Ungeist gezeigt. „Es wird höchste Zeit, dass eine dezidiert politisch motivierte Verfolgung von zivilgesellschaftlichem Engagement ad acta gelegt wird“, betonte die LINKE-Politikerin fügte unterstreichend hinzu, dies sei in diesen Zeiten, wo Rechtspopulismus, Rassismus, Antisemitismus sich ausbreiten, notwendiger denn je.



Bodo Ramelow wird vorgeworfen, im Rahmen der Demonstration „Dresden Nazifrei“ am 13. Februar 2010 die Blockade eines Aufmarschs der „Jungen Landsmannschaft Ostpreußen“ mit organisiert zu haben. Tatsächlich hat die Thüringer Fraktion DIE LINKE an diesem Tag eine Fraktionssitzung unter freiem Himmel abgehalten, wozu

es auch entsprechende Beschlüsse im Vorfeld gab.

Archiv-Foto (Peter Lahn): Öffentliche Plakatierung „Dresden Nazifrei“ am 5. Februar 2014 vor dem Landtag mit Bodo Ramelow und Abgeordneten der LINKEN, der SPD und der Grünen.

Erwartungen an die neue Landesregierung

Bürgerinitiativen und Kommunalpolitiker diskutierten in der Linksfraktion

„Wir wollen mit allen Betroffenen frühzeitig den Dialog suchen“, sagte Frank Kuschel, kommunalpolitischer Sprecher der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag, zu Beginn der bis auf den letzten Platz besetzten Informations- und Diskussionsveranstaltung über kommunalpolitische Erwartungen an die neue Landesregierung.

Vor über 60 Vertreterinnen und Vertretern von Bürgerinitiativen und aus der Kommunalpolitik sowie einer ganzen Reihe von Landtagsabgeordneten der LINKEN stellte Frank Kuschel auf der Veranstaltung am 20. Januar im Käte-Duncker-Saal der Fraktion die

gleich neu strukturieren, ein kommunales Leitbild „Zukunftsfähiges Thüringen“ vorlegen und die derzeitigen unzureichenden Regelungen zu Bürgergehören und -beteiligung verbessern.

Dass sich die im Anschluss entspannende rege Diskussion auf die Erhebung von Straßenausbaubeiträgen und auf die finanzielle Situation der Kommunen im Freistaat fokussierte, war nicht überraschend. Die Erwartungshaltung der Bürgerinitiativen und Kommunalpolitiker ist insbesondere in diesem Zusammenhang nach vielen Jahren des politischen Stillstandes außerordentlich hoch.

Gefordert werden zeitnahe und zukunftsferne Entscheidungen. Im Koali-

legenden Höhe unter anderem für die Erhöhung des Kommunalen Finanzausgleichs und für die Unterstützung von strukturell belasteten Kommunen verwendet. Wichtig ist zudem, dass Kommunen in der eigenen Investitionstätigkeit unterstützt werden.

Dazu gehört, dass Kommunen, die sich in der Haushaltskonsolidierung befinden, in notwendige Infrastrukturmaßnahmen investieren können. Für Ralf Hauboldt, Bürgermeister der Stadt Sömmerda, stellte sich dabei die Frage, welche Kriterien zur finanziellen Stärkung der Kommunen gelten werden. Ein Thema, welches auch die Bürgermeisterin von Neuhaus am Rennweg, Marianne Reichelt, in ihrem Rede-



umfangreichen kommunalpolitischen Inhalte des bundesweit ersten rot-rot-grünen Koalitionsvertrages vor.

Staatssekretär Udo Götze aus dem Thüringer Ministerium für Inneres und Kommunales (im Foto rechts Bildmitte) machte deutlich, dass er sich auf die neue Aufgabe und den damit verbundenen Dialog mit der Kommunalpolitik freue. Die Rückmeldung darüber, was vor Ort relevant ist, sei ihm in diesem Zusammenhang sehr wichtig. Man werde u.a. gemeinsam mit den Kommunen den Kommunalen Finanzaus-

tauschvertrag haben sich die Parteien geeinigt, die rückwirkende Erhebung von Straßenausbaubeiträgen zu begrenzen und andere Modelle der Erhebung zu diskutieren.

Die Regelung bei den Kommunalfinanzien beinhaltet, dass bevor ab 2016 in enger Abstimmung mit den kommunalen Spitzenverbänden der Kommunale Finanzausgleich strukturell und finanziell den Erfordernissen angepasst wird, 2015 eine Übergangslösung erfolgt. So werden im Haushaltjahr 2015 Haushaltsüberschüsse in einer festzu-

beitrag in den Mittelpunkt stellte.

Frank Kuschel kündigte zum Abschluss der dreistündigen Diskussion eine regelmäßige thematisch strukturierte Fortführung des Dialogs mit der kommunalen Ebene an. Die Reform der Kommunalordnung, die Stärkung des ländlichen Raumes, der Ausbau des Breitbandnetzes, die Schulnetzplanung und die geplante Funktional-, Verwaltungs- und Gebietsreform sind dabei nur ein kleiner Ausschnitt der zu bearbeitenden Themen.

Matthias Gärtner

Grundrechte

„Bei näherer Betrachtung erweist sich die Vorratsdatenspeicherung als Angriff auf die Pressefreiheit, mit der ihre Wiedereinführung jetzt von einigen begründet werden soll. Sie höhlt insbesondere den Informantenschutz als wichtige Stütze der Presse völlig aus“, so MdL Katharina König, die darauf darauf aufmerksam, dass auch viele Journalistenverbände, wie DJV, VDZ, Freischreiber und Reporter ohne Grenzen, sich auch aus diesem Grund ausdrücklich gegen die Wiedereinführung der Vorratsdatenspeicherung aussprechen. „Die Vorratsdatenspeicherung hebt Grundrechte aus, statt sie zu schützen. Daher spricht sich Rot-Rot-Grün im Koalitionsvertrag konsequent gegen die die Wiedereinführung aus.“

Überprüfungsgesetz

In Reaktion auf die Kritik der CDU-Landtagsfraktion zum Umgang der Regierungsfaktionen von Rot-Rot-Grün mit dem Abgeordnetenüberprüfungsgesetz erklärte die LINKE Justizpolitikerin Sabine Berninger: „Die CDU hatte überhaupt nicht vor, den Gesetzentwurf mit einer Anhörung zur Diskussion zu stellen, diese gibt es erst auf Betreiben der Koalition.“ Die Oppositionsfraktion der CDU hatte in einer Verlautbarung bemängelt, dass die Anhörung nicht breit genug angelegt sei. „Die Pressemitteilung des Herrn Wirkner ist an Scheinheiligkeit nicht zu überbieten“, sagte die Abgeordnete. Die CDU solle statt solcher Täuschungsmanöver „besser endlich mit der Aufarbeitung ihrer Vergangenheit beginnen“.

Attacke

In der Nacht zum 14. Januar wurden die Scheiben der gemeinsamen Büroräume für den Wahlkreis von Steffen Dittes und der LINKE-Geschäftsstelle in Weimar eingeworfen. „Diese Attacke ist eine von vielen in letzter Zeit auf Büros der LINKEN in Nacht-und-Nebel-Aktionen verübt wurden. Wir lassen uns davon weder einschüchtern, noch in unserem politischen Engagement beeinträchtigen. Irgendwie hatte ich mir das anders vorgestellt mit dem offenen, zur Kommunikation einladenden Büro in Weimar. Mensch sollte während der Sprechzeiten die Tür benutzen, anstatt nachts zu versuchen, die Scheiben einzuwerfen. Dann gibt es auch eine Antwort und keine Strafanzeige“, so MdL Steffen Dittes.

VON A BIS Z:

Ausschussvorsitzende

Am 15. Januar haben sich die **Fachausschüsse des Landtags konstituiert und ihre Vorsitzenden und Stellvertreter gewählt. Die LINKE hat in vier Ausschüssen den Vorsitz:**

Im Gleichstellungsausschuss wurde **Karola Stange**, Sprecherin der Linksfraktion für Soziales, Gleichstellung und Behindertenpolitik, zur Vorsitzenden gewählt.

Tilo Kummer, Sprecher für Umwelt und Forsten, steht dem Ausschuss für Umwelt, Energie und Naturschutz vor, nachdem er in der vergangenen Legislaturperiode bereits den Ausschuss für Landwirtschaft, Forsten, Umwelt und Naturschutz und in der 4. Wahlperiode des Landtags (2004 bis 2009) den Ausschuss für Naturschutz und Umwelt geleitet hatte.

Zum Vorsitzenden des Innen- und Kommunalausschusses wurde **Steffen Dittes**, innenpolitischer Sprecher der Linksfraktion, gewählt.

Den Ausschuss für Europa, Kultur und Medien leitet **Jörg Kubitzki**, europapolitischer Sprecher der Fraktion, der bereits in der vergangenen Legislaturperiode dem Europaausschuss des Landtags vorstand.

Dieter Hausold, wirtschaftspolitischer Sprecher der Linksfraktion, wurde als stellvertretender Vorsitzender des Ausschusses für Wirtschaft und Wissenschaft gewählt. **Knut Korschewsky**, sport- und tourismuspolitischer Sprecher der LINKEN, hat den stellvertretenden Vorsitz im Ausschuss für Bildung, Jugend und Sport inne. ■

WICHTIGE TERMINE

Plenarsitzungen des Thüringer Landtags:

Nachdem jetzt Plenarsitzungen des Thüringer Landtags in der Zeit vom 28. Januar bis 30. Januar stattgefunden haben, sind die nächsten Plenartage anberaumt (jeweils mittwochs bis freitags): vom 25. bis 27. Februar, vom 25. bis 27. März sowie am 29. und 30. April und in der Zeit vom 27. bis 29. Mai.

Presseinformationen, Hinweise zu Veranstaltungen und Aktionen, Schwerpunkt- und Diskussionsforen der Linksfraktion sowie auch deren Parlamentsreport im Internet unter:

www.die-linke-thl.de

KURZ UND PRÄGNANT

Sprecherfunktionen der Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE

In ihrer Fraktionssitzung am 14. Januar haben die Landtagsabgeordneten der Fraktion DIE LINKE folgende Sprecherfunktionen festgelegt:

Berninger, Sabine: Sprecherin für Flüchtlings- und Integrationspolitik, Sprecherin für Justizpolitik

Blechsmidt, André: Parlamentarischer Geschäftsführer, Medienpolitischer Sprecher

Dittes, Steffen: Innenpolitischer Sprecher

Engel, Kati: Sprecherin für Ausbildung, Kinder- und Jugendpolitik

Harzer, Steffen: Sprecher für Energie-, Landesentwicklung und Landesplanung

Hausold, Dieter: Wirtschaftspolitischer Sprecher

Hennig-Wellsov, Susanne: Fraktionsvorsitzende

Huster, Mike: Stellvertreter der Fraktionsvorsitzenden, Haushalts- und Finanzpolitischer Sprecher

Jung, Margit: Vizepräsidentin des Landtags, familienpolitische Sprecherin

Kalich, Ralf: Sprecher für Kommunal Finanzen

König, Katharina: Sprecherin für Antifaschismus, Netzpolitik und Datenschutz

Korschewsky, Knut: Sport- und Tourismuspolitischer Sprecher

Kräuter, Rainer: Gewerkschaftspolitischer Sprecher

Kubitzki, Jörg: Gesundheits- und Europapolitischer Sprecher

Kummer, Tilo: Sprecher für Umwelt und Forsten

Kuschel, Frank: Kommunalpolitischer Sprecher

Leukefeld, Ina: Sprecherin für Arbeitspolitik

Lukasch, Ute: Wohnungspolitische Sprecherin

Lukin, Dr. Gudrun: Sprecherin für Verkehr und Infrastruktur

Mitteldorf, Katja: Stellvertretende Fraktionsvorsitzende, Kulturpolitische und Religionspolitische Sprecherin

Müller, Anja: Sprecherin für Petitionen und Bürgerbeteiligung

Schaft, Christian: Wissenschafts- und Hochschulpolitischer Sprecher

Scheringer-Wright, Dr. Johanna: Sprecherin für Agrarpolitik und regionale Entwicklung

Skibbe, Diana: Sprecherin für Verbraucherschutz

Stange, Karola: Sprecherin für Soziales, Gleichstellung und Behindertenpolitik

Wolf, Torsten: Bildungspolitischer Sprecher

Finanzierungszusage für die Hochschulen

Die wissenschaftspolitischen SprecherInnen der Fraktionen DIE LINKE, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sind verwundert angesichts des Vorwurfes der CDU-Landtagsfraktion an die Landesregierung, die Mittel für die Hochschulen um jährlich fünf Millionen Euro ab 2016 zu kürzen:

„Herr Voigt (CDU) scheint den Ausführungen des Ministers Tiefensee nicht aufmerksam gefolgt zu sein. Dieser hat im Wissenschaftsausschuss mehrfach darauf hingewiesen, dass die Finanzierungszusagen für die Hochschulen und die regelmäßige Ausschüttung der Hochschulpaktmittel bis zum Ende der Programmphase abgesichert werden“, erläuterte Madeleine Henfling, wissenschaftspolitische Sprecherin der Thüringer Landtagsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Die konkrete finanzielle Ausgestaltung der Rahmenvereinbarung IV für den Zeitraum 2016 bis 2020 wird im Laufe dieses Jahres mit den Hochschulen verhandelt. „Die nun beabsichtigte Rückstellung stellt lediglich einen Schutz vor Rückforderungen seitens des Bundes gegenüber den Hochschulen dar. Falls diese Rückforderung nicht erfolgt, wird das Geld selbstverständlich den Hochschulen zur Verfügung stehen“, so Henfling weiter.

Mit der dritten Programmphase des Hochschulpaktes 2020 sollen den Hochschulen in Thüringen vom Bund 210 Millionen Euro bereit gestellt werden, die vom Land mit 160 Millionen Euro kofinanziert werden. Vorgesehen ist dabei auch ein Sonderinvestitionsprogramm für die Verbesserung der Lehre. „Entgegen der Forderung von Mario Voigt brauchen wir keine dringende Ausbildung von weiteren punk-

tuellen Exzellenzen. Ziel muss es zu allererst sein, mit den anstehenden Haushaltsberatungen eine nachhaltige Grundfinanzierung der Hochschulen zu

das Image des Forschungsstandortes verbessert.

Die wissenschaftspolitische Sprecherin der SPD-Fraktion, Eleonore



Immer wieder hatte es in den letzten Jahren in Thüringen Demonstrationen von Studierenden und Schülern für eine bessere Bildungspolitik gegeben.

So waren im Dezember 2013 mehrere Tausend zum Thüringer Landtag in Erfurt und vor das Finanzministerium gezogen und hatten ihre Forderungen laut und deutlich gemacht.

Archiv-Foto

ermöglichen. So können wir möglichst vielen Studieninteressierten Zugang gewähren und möglichen Rückzahlungsforderungen des Bundes entgegenwirken“, konstatierte Christian Schaft, wissenschaftspolitischer Sprecher der Linksfraktion.

Der Abgeordnete sieht zudem den dringenden finanziellen Bedarf bei der Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses und der Verbesserung der Beschäftigungsverhältnisse als oberste Priorität. Er spricht sich dabei unter anderem für die Einführung eines Tarifvertrages für studentische Beschäftigte aus. Dadurch würden sowohl die Qualität der Lehre als auch

Mühlbauer, ergänzte: „Klar ist, dass alle Finanzierungszusagen aus der Hochschulstrategie 2020 und dem Koalitionsvertrag selbstverständlich eingehalten werden. Dem Wissenschaftsminister nun eine vorausschauende Finanzplanung vorzuwerfen, zeugt von wenig häuslicher Weitsicht der Thüringer CDU. Wir werden jedenfalls gemeinsam mit den regierungstragenden Fraktionen alles daran setzen, gemeinsam mit der Landesregierung die Thüringer Hochschulen so zu stärken, dass die StudienanfängerInnenzahlen auf jeden Fall erreicht werden. Panikmache ist hier vollkommen fehl am Platz“, so Mühlbauer. ■

Gute frühkindliche Bildung als Kernanliegen

Anlässlich des ErzieherInnentages der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) am 16. Januar in Erfurt hatte der bildungspolitische Sprecher der Fraktion DIE LINKE, Torsten Wolf, erklärt:

„Gute Bildung von Anfang an und der gemeinsam gestaltete Prozess dazu ist das Hauptanliegen der Koalitionspartner. Die Umfrageergebnisse der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft Thüringen zu den Anforderungen an gute Arbeit in der frühkindlichen Bildung wurden durch Rot-Rot-Grün im Koalitionsvertrag aufgenommen.

Eine transparente und zielgenaue Finanzierung der Kitas ist uns dabei ebenso wichtig, wie eine Ausfinanzierung und für alle Beschäftigte geltende Tarifstandards. Des Weiteren definieren wir die Grundschule als Ganztagschule neu und werden dementsprechend das Schulgesetz zukunftsfähig

neu gestalten. Damit behält Thüringen bundesweit seine herausragende Stellung im Bildungsbereich und setzt hier die Priorität.“

Pädagogische Berufe hätten eine höhere Wertschätzung und Anerkennung verdient, so der LINKE Bildungspolitiker weiter. Inklusive Kitas, die Umsetzung von Bildungsplänen, Umgang mit Heterogenität, Elternarbeit usw. veränderten das Berufsbild der Erzieherinnen und Erzieher in den letzten zwei Jahrzehnten immens.

„Neben einer stärkeren Akademisierung der Ausbildung und guter Fort- und Weiterbildung stehe die Frage einer aufgabengerechten Eingruppierung auf der Tagesordnung“, sagte Torsten Wolf und kündigte für DIE LINKE an, die im März anstehende Tarifausschließung zu einer Entgeltordnung im Sozial- und Erziehungsdienst solidarisch mit den Beschäftigten zu begleiten. Frühkindliche Bildung ist in Thüringen durch den Bildungsplan 0

bis 10 abgesichert. Die hervorragenden Ergebnisse Thüringens in den Bildungsvergleichsstudien, hier IGLU mit Platz eins, sind wesentlich auf die Rhythmisierung im Grundschulbereich zurückzuführen.

Die rot-rot-grüne Landesregierung hat sich im Koalitionsvertrag eindeutig auf eine Stärkung der Thüringer Ganztagschule geeinigt. „In der Legislatur werden wir mit der festen Definition der Qualitätsanforderungen, der Aufgabenbeschreibung und der Ausgestaltung der Grundschule als Ganztagschule eine neue Entwicklungsstufe der Bildungsentwicklung in Thüringen erreichen. Wir verstehen die Unterschriftensammlung der GEW Thüringen als Arbeitsauftrag, die Ausgestaltung der Grundschulen zu Ganztagschulen mit der GEW, der Personalvertretung und der Elternvertretung zusammen anzugehen“, so betonte Torsten Wolf. ■

DAS INTERVIEW

„Wir haben eine Art Scharnierfunktion“

NACHGEFRAGT bei Susanne Hennig-Wellsow, Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE

Die Arbeit der Landtagsfraktion DIE LINKE - als Koalitions-Regierungs-Fraktion - hat Fahrt aufgenommen, die Sprecherfunktionen der Abgeordneten sind bestimmt, sie haben in den Wahlkreisen ihre Bürger-Büros eingerichtet, die in der Fraktion gebildeten zehn Arbeitskreise beraten parlamentarische Initiativen, die ersten Plenarsitzungen im neuen Jahr stehen an, die Ausschüsse im Landtag haben sich konstituiert. Landesregierung und Fraktion stehen in engem Kontakt, ebenso die drei Koalitionsfraktionen LINKE, SPD und Grüne. Trotzdem hatte es Kritik gegeben, es gehe alles zu langsam.

Ich will daran erinnern, dass die Wahl des Ministerpräsidenten gut sechs Wochen zurückliegt, dazwischen die Feiertage waren. Die mit der Bildung der rot-rot-grünen Landesregierung und an ihren inhaltlichen Schwerpunkten ausgerichteten notwendigen Neustrukturierungen der Ministerien haben natürlich etwas Zeit in Anspruch genommen, wengleich alles hochkonzentriert vonstatten ging und geht. Zugleich gilt es, die Hinterlassenschaften einer 25jährigen CDU-Herrschaft und ihren in Teilen nicht gerade würdevollen Abgang zu bewältigen.

Was ist jetzt vordringlich für die Fraktion?

Die Kommunikationsstrukturen mit Landesregierung und Koalitionsfraktionen - und natürlich und selbstverständlich mit der Landespartei - stehen. Das ist das A und O, dieser enge Kontakt. Dabei haben wir als Fraktion eine Art Scharnierfunktion auch hin zu den außerparlamentarischen Organisationen und Initiativen. Die Arbeit der Abgeordneten in ihren Wahlkreisen ist

in diesem Zusammenhang gar nicht hoch genug zu schätzen. Eine ganze Reihe von parlamentarischen Initiativen, ausgerichtet am rot-rot-grünen Koalitionsvertrag, befinden sich gegenwärtig in der Abstimmung. Da geht es z.B. um die Abschaffung des Landeserziehungsgeldes, die Einsetzung eines

die LINKE dem zustimmen, denn sie hat ja als Regierungsfraktion eine andere parlamentarische Kultur angekündigt!

Ja, wir haben gesagt, wenn es die CDU wirklich ernst meint und von uns vertretene wichtige Anliegen aufgreift, dann hätten wir kein Problem, dem

wir positiv den Sinneswandel der CDU zur Kenntnis, denn im vorigen Jahr hat sie die Beratung des dazu von uns eingebrachten Antrags - ich sag mal bewusst - bis zum Legislatur-Ende verschleppt. Dabei geht es hier um ein ganz dringendes Problem, denn für die Auszubildenden werden die Wege zu



Große Runde in der Fraktionssitzung am 21. Januar.

Der Ministerpräsident und die LINKEN Mitglieder der Landesregierung nehmen jetzt regelmäßig an den Mittwochs-Sitzungen der LINKEN in ihrem Käte-Duncker-Saal im Landtag teil.

Foto: Peter Lahn

neuen NSU-Untersuchungsausschusses oder das Bildungsfreistellungs-gesetz. Zeitgleich richtet sich die Arbeit der Fraktion auf die Eckpunkte zur Aufstellung des Landeshaushalts für dieses Jahr.

Die CDU hat schon begonnen, Anträge der LINKEN aus der letzten Legislatur zu kopieren. Wird dann

auch zuzustimmen. Aber nehmen wir zum Beispiel den jetzt von der CDU-Fraktion vorgelegten Antrag „Schüler- und Auszubildendenticket zügig einführen - Jugendliche und Eltern entlasten“ - gut kopiert, aber leider nicht vollständig. Daher werden wir dazu einen Änderungsantrag einbringen und setzen auf die Beratung in den Ausschüssen. Selbstverständlich nehmen

den Berufsschulen immer weiter und Thüringen hat eine der schlechtesten Regelungen zur Unterstützung bei den steigenden Fahrtkosten.

Die Fraktion hat auch diskutiert, wie der Umgang mit der AfD sein soll, die mit elf Abgeordneten und knapp hinter der SPD als viertstärkste Fraktion in den Landtag eingezogen ist.

Unsere Einschätzung, dass sich die AfD ideologisch und politisch zu einer Partei der extremen Rechten entwickelt, die mit den typischen Mitteln des Populismus arbeitet, bestätigt sich vor allem bezogen auf Björn Höcke, den AfD-Fraktionsvorsitzenden im Thüringer Landtag, immer mehr. Er platziert seine Positionen bewusst im extrem rechten Spektrum, er provoziert in unerträglicher Art und Weise, wie jetzt zum Holocaust-Gedenktag, wo er dreist bei der Gedenkstätte einen Kranz in Auftrag geben wollte, dessen Inschrift die NS-Opfer und die des Stalinismus auf eine Stufe stellte. Diese menschenfeindliche, rassistische, antisemitische, auf Ausgrenzung und Entsolidarisierung der Gesellschaft setzende Ideologie, eng verwoben mit der neuen Rechten und der völkischen Bewegung, muss immer wieder gestellt und entlarvt werden. Da ist es eigentlich überflüssig zu betonen, dass wir in keinsten Weise parlamentarisch oder außerparlamentarisch mit dieser Partei irgendetwas gemein haben.

Für die Beantwortung der Fragen dankt Annette Rudolph

Struktur und Besetzung der Arbeitskreise der Fraktion

Folgende Festlegungen über die Struktur und Besetzung ihrer Arbeitskreise hat die Fraktion DIE LINKE getroffen:

1. Arbeitskreis Haushalt und Finanzen

Leiter des Arbeitskreises: Mike Huster, weitere (Abgeordneten-)Mitglieder des Arbeitskreises: Ralf Kalich, Frank Kuschel, Dr. Gudrun Lukin, Torsten Wolf. Mitarbeiter: Andreas Schuster.

2. Arbeitskreis Innen

Leiter des Arbeitskreises: Steffen Dittes, weitere Mitglieder: Ralf Kalich, Katharina König, Rainer Kräuter, Frank Kuschel. Mitarbeiter: Steffen Trostorff, Matthias Gärtner.

3. Arbeitskreis Wirtschaft und Wissenschaft

Leiter des Arbeitskreises: Knut Korschewsky, weitere Mitglieder: Dieter Hausold, Katharina König, Christian Schaft. Mitarbeiter: Thomas Völker.

4. Arbeitskreis Infrastruktur, Landwirtschaft und Forsten

Leiterin des Arbeitskreises: Dr. Gudrun Lukin, weitere Mitglieder: Steffen Harzer, Tilo Kummer, Ute Lukasch, Dr. Johanna Scheringer-Wright, Diana Skibbe. Mitarbeiter: Thomas Bienert.

5. Arbeitskreis Migranten, Justiz und Verbraucherschutz

Leiterin des Arbeitskreises: Sabine Berninger, weitere Mitglieder: André Blechschmidt, Knut Korschewsky, Rainer Kräuter, Anja Müller. Mitarbeiterin: Sandra Steck.

6. Arbeitskreis Umwelt, Energie und Naturschutz

Leiter des Arbeitskreises: Steffen Harzer, weitere Mitglieder: Tilo Kummer, Diana Skibbe. Mitarbeiterin: Dr. Barbara Glaß.

7. Arbeitskreis Bildung, Jugend und Sport

Leiter des Arbeitskreises: Torsten Wolf, weitere Mitglieder: Kati Grund,

Knut Korschewsky, Christian Schaft. Mitarbeiter: Dr. Steffen Kachel.

8. Arbeitskreis Soziales und Gleichstellung

Leiterin des Arbeitskreises: Karola Stange, weitere Mitglieder: Margit Jung, Kati Engel, Jörg Kubitzki, Ina Leukefeld, Dr. Gudrun Lukin. Mitarbeiterin: Cordula Eger.

9. Arbeitskreis Europa, Kultur und Medien

Leiterin des Arbeitskreises: Katja Mitteldorf, weitere Mitglieder: André Blechschmidt, Jörg Kubitzki, Diana Skibbe. Mitarbeiterin: Dolores Hof.

10. Arbeitskreis Petitionen

Leiterin des Arbeitskreises: Anja Müller, weitere Mitglieder: Kati Grund, Katja Mitteldorf, Frank Kuschel, Ute Lukasch, Diana Skibbe. Mitarbeiterin: Maria Funke.

Flüchtlingsgipfel ist ein „wichtiger Schritt“

Gemeinsame Erklärung der Flüchtlingspolitikerinnen der Fraktionen LINKE und Grüne

Mit einer gemeinsamen Pressemitteilung hatten am 16. Januar Astrid Rothe-Beinlich und Sabine Berninger, Flüchtlingspolitikerinnen der Thüringer Landtagsfraktionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE, auf den sich im Erfurter Stadtrat (zwischen den demokratischen Fraktionen) abzeichnenden Konsens bezüglich der Aufnahme und Integration von Flüchtlingen reagiert:

„Das genau ist, was Rot-Rot-Grün mit der geplanten Wende hin zu einer menschenrechtsorientierten Flüchtlings- und Integrationspolitik meint: die Menschen aufnehmen, Möglichkeiten zur Integration in die Gesellschaft anbieten und ein selbstbestimmtes Leben und gesellschaftliche Teilhabe ermöglichen.“

Mit dem im Koalitionsvertrag von LINKE, SPD und Grünen vereinbarten und vom Thüringer Migrationsminister Dieter Lauinger (Bündnis90/Die Grünen) bereits angekündigten Flüchtlingsgipfel wolle die Koalition u. a. mit den Kommunen, mit Flüchtlingsorganisationen und Unterstützungsinitiativen in den Austausch darüber treten, wie das beste Konzept dafür aussehen könne.

„Unser gemeinsames Ziel ist es, insbesondere durch die dezentrale Unterbringung der Menschen in Wohnungen und durch vielfältige Integrationsangebote ein Ankommen der Asylsuchenden in Thüringen zu ermöglichen und eine tatsächliche Willkommenskultur mit allen Beteiligten zu entwickeln.“

Dazu gehört für uns außerdem die gelingende Umsetzung von Inklusion in den Kitas und Schulen, ein ausreichendes Angebot an Sprachkursen sowie die verbesserte Anerkennung der im Ausland erworbenen beruflichen Qualifikationen“, erläuterte Astrid Rothe-Beinlich einige Kerngedanken der rot-rot-grünen Flüchtlingspolitik.

„Umso schneller werden wir alle Teil der Willkommenskultur“

„Es geht nicht allein darum. Schutz und Asyl zu bieten, wir wollen die Menschen wirklich aufnehmen, einladen, bei uns anzukommen und mit – nicht neben – uns zu leben, zu arbeiten, teilzuhaben und mitzugestalten. Das ist ein Geben und ein Nehmen beiderseits, sowohl der Zuwanderinnen und Zuwanderer als auch der aufnehmenden Gesellschaft. Und beide werden davon auch profitieren“, zeigte sich

Sabine Berninger (DIE LINKE) überzeugt. „Klar ist, dass wir schnell zu Ergebnissen kommen müssen“, waren sich die Flüchtlingspolitikerinnen einig. „Die geopolitische Lage wird sich so schnell nicht entspannen und damit auch die Flüchtlingszahlen nicht sinken. Je schneller wir das benötigte Konzept entwickeln und umsetzen, umso schneller werden auch Vorbehalte gegen die Aufnahme Asylsuchender entkräftet und umso schneller werden wir alle Teil der Willkommenskultur.“

Minister Lauinger werde von den Fraktionen „alle Unterstützung bei der Vorbereitung des Gipfels erhalten, die es braucht“, resümierten Astrid Rothe-Beinlich und Sabine Berninger.

Ganz bewusst sei im Namen seines auses - Ministerium für Migration, Justiz und Verbraucherschutz - die Migration voransteht, hatte Dieter Lauinger jetzt in einem TLZ-Interview betont und von einem politischem Signal gesprochen. „Diese Regierung will dem Thema Flüchtlingspolitik eine ganz besondere Bedeutung beimessen“, hatte der Minister geagt und auch angekündigt, dass Thüringen zusätzliche Flüchtlingsunterkünfte brauche. Er verwies auf Prognosen, wonach die Flüchtlingszahlen auf 9000 weiter steigen könnten. ■

Nebenbei NOTIERT

von Stefan Wogawa

Vorsicht, bissig!

Provozieren wollte ein „Robert Hahn“ am 24. Januar in der Facebook-Gruppe „Politik in Thüringen“. Sein Text: „Mal wieder ein Beispiel wie Demokratieprinzip und Meinungsfreiheit von den Linken gelebt wird. Da hat die SAntifa mal wieder super Arbeit geleistet...“

Die Denunziantenprosa bezog sich auf ein Ereignis vom Vortag. Beim geplanten Auftritt des AfD-Funktionärs Alexander Gauland in einem Hörsaal der Universität Erfurt kam es zu Protesten. Mit Applaus und „Zugabe“-Rufen verhinderten die Protestierenden einen Vortrag Gaulands. Dabei wurde von ihnen keine Gewalt ausgeübt.

Ob „Robert Hahn“ nur historisch ungebildet (landläufig „doof“) ist, mag offen bleiben. Wenn die Terrorbanden der SA nur geklatscht und Zugabe gerufen hätten (wie die Protestierer in Erfurt) wäre es kaum zum Holocaust und zu Deutschlands rassenideologischem Vernichtungskrieg gekommen.

„Hahns“ Pöbelelei kurz vor dem Gedenktag an die Auschwitz-Befreiung lässt hinsichtlich seiner Moral tief blicken. Passend ein Facebook-Kommentar in seine Richtung: „ich möchte anmerken, dass ich es gut finde, dass der Protest als ein antifaschistischer Protest empfunden wird.“ Doch in einem von „Robert Hahn“ verlinkten Artikel der Thüringer Allgemeinen zum verhinderten Gauland-Auftritt heißt es: „Dabei wurde eine Person verletzt“? Inzwischen ist mehr zu erfahren. Laut Ostthüringer Zeitung soll Anzeige gegen die AfD-Landtagsabgeordnete Wiebke Muhsal erstattet worden sein: „Sie habe in einer Rangelei am Eingang zum Hörsaal eine Gegen-demonstrantin gebissen.“

Gauland verlangt Konsequenzen von Ministerpräsident Bodo Ramelow. Spannend dürfte sein, ob Frau Muhsal während der Landtagssitzung mit Beißschutz – wie weiland Dr. Hannibal Lecter – und „Vorsicht, bissig!“-Schild in den Plenarsaal geschoben wird. ■

Thüringer Wanderwegenetz mit Masterplan ausbauen



Anlässlich der erneuten Auszeichnung dreier Thüringer Wanderwege als Qualitätswanderwege durch den Deutschen Wanderverband hatte Knut Korschewsky, tourismus- und sportpolitischer Sprecher der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag, betont, dass er sich über das Gütesiegel dieses bedeutenden Thüringer Tourismus- und Sportsegments freue

„Der Goethewanderweg, der Panoramaweg Saale-Horizontale und der Hohenwarthe Stausee Weg dürfen dieses Prädikat zu Recht weiter tragen. Nun gilt es, das Wanderwegenetz in Gänze weiter im Blick zu behalten, auch angesichts der Ausrichtung des Deutschen Wandertags in Thüringen 2017.“ Knut Korschewsky verwies diesbezüglich auf die im Koalitionsvertrag vorgesehene Erstellung eines Masterplans Wan-

derwegenetz. „Mit dem Masterplan Wanderwegenetz werden die Landesregierung und die sie tragenden Koalitionsfraktionen eine wichtige Weichenstellung zur Fortentwicklung des Wanderlandes Thüringen leisten. Neben der Entwicklung neuer Strecken muss es vor allem um die Qualitätssicherung etablierter Wanderwege gehen. Die Fokussierung auf den Höhenwanderweg des Rennsteiges und den Thüringerweg von Altenburg bis Eisenach ist aus Sicht der Fraktion DIE LINKE auch mit Blick auf den Deutschen Wandertag 2017 eine der zentralen Aufgaben“, beschreibt Knut Korschewsky die anzugehende Aufgabe.

Der Goethewanderweg erstreckt sich über eine Länge von 20 Kilometern im UNESCO-Biosphärenreservat Vessertal-Thüringer Wald. Die Saale-

Horizontale beginnt und endet in Jena. Der Panoramaweg führt 71 Kilometer um die Universitätsstadt herum durch das mittlere Saaletal. Den südlichsten Punkt markieren die Ruine Lobdeburg und den Scheitelpunkt im Norden die Dornburger Schlösser. Der Hohenwarthe Stausee Weg ist mit seinen 75 Kilometern Länge und den häufig wechselnden Auf- und Abstiegen ein anspruchsvoller Wanderweg. Inmitten einer fjordähnlichen Landschaft, entlang der sich windenden Saalekaskaden, bietet er einmalige Ausblicke und unvergessliche Naturerlebnisse. ■

IMPRESSUM

Der LINKE PARLAMENTSREPORT erscheint auf den Seiten 5 bis 10 in UNSERE NEUE ZEITUNG.

Herausgeber:

DIE LINKE. Fraktion im Thüringer Landtag, Jürgen-Fuchs-Str. 1, 99096 Erfurt.

Redaktion:

Annette Rudolph (V.i.S.d.P.), Stefan Wogawa
Telefon: 0361 - 377 2293; Fax: 0361 - 377 2321
E-Mail: rudolph@die-linke-thl.de
Internet: www.die-linke-thl.de

Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Materialien übernimmt die Redaktion des PARLAMENTSREPORTS keine Haftung. Sie behält sich das Recht der auszugsweisen Wiedergabe von Zuschriften vor. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Nachdruck von Beiträgen ist ausdrücklich erwünscht.